

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2026

Inhalt





Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Kommission: erste Strategie gegen Armut und Empfehlungen zur Kinderarmut vorgelegt	1
EU-Kommission: Initiativen u. a. zur Bekämpfung der Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt	1
EU-Kommission: Stärkung der European Disability Strategy bis 2030	2
EU-Parlament: Empfehlungen für Geschlechtergerechtigkeit in der Pflegearbeit	2
EU-Parlament: neue Richtlinie zum Schutz von Opfern von Straftaten	2
EU-Parlament schlägt Alarm aufgrund der Lage der Grundrechte in der EU	2
EU-Parlamentsausschuss präsentiert Studie zum mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034	3
EU-Parlament und EU-Rat: neue Stimmrechtsvertretung während Schwangerschaft und Mutterschutz	3
Europarat: Erklärung der Außenminister:innen zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	3
EU-Kommission: hochrangiges Treffen zur Rückführung ukrainischer Kinder	4
Jugendministerkonferenz und Konsultation zur neuen EU-Jugendstrategie ab 2027	4
<i>Kurznachrichten: Europäische Garantie für Kinder, Temu, „Nudifier“-Apps, KI, Konversionsmaßnahmen</i>	<i>4</i>
Nachrichten aus den europäischen Staaten	5
Finnland plant Reform des Kindergeldes	5
Schweden: elektronische Fußfesseln für Kinder bei Gefahr einer Rekrutierung durch Banden	5
Irland: Änderungen bei Arbeitserlaubnis, häuslicher Gewalt, Familienzusammenführung, Einbürgerung	5
Schweden: Regierung kündigt Sprachscreening zur Förderung der Integration von Migrantenkindern an	5
Tschechien will Regeln für ukrainische Kriegsflüchtlinge einschränken	5
Österreich deckelt Familiennachzug von Geflüchteten	6
<i>Kurznachrichten: Eltern sein heute, Bevölkerungsdeckel</i>	<i>6</i>
Weitere Nachrichten	6
Papst Leo XIV.: Enzyklika zu künstlicher Intelligenz, Gemeinwohl und Frieden; Allianz für die Familie	6
<i>Kurznachrichten: UN-Konsultation zur Selbstbestimmung älterer Pflegebedürftiger, GUIDE</i>	<i>6</i>
Berichte und Studien	7
UNICEF Innocenti: ungleiche Chancen – Kinder und wirtschaftliche Ungleichheit	7
UNICEF Innocenti: das Wohl des Kindes in der digitalen Politik und Praxis	7
Internet Watch Foundation: durch KI erzeugtes Material sexuellen Missbrauchs von Kindern	7
<i>Kurznachrichten: mentale Gesundheit, CSAM, Wohnen, Demografie, Kinderrechte und Anlagestrategien</i>	<i>7</i>
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Kommission: erste Strategie gegen Armut und Empfehlungen zur Kinderarmut vorgelegt

Die Europäische Kommission hat am 6. Mai 2026 die bei Amtsantritt angekündigte erste EU-Strategie zur Armutsbekämpfung veröffentlicht (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 4/26](#)). Die Strategie zeichnet einen Weg zur Verwirklichung des im Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte festgelegten EU-Ziels, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis 2030 um mindestens 15 Millionen zu verringern und zur Beseitigung der Armut bis 2050 beizutragen. Sie umfasst drei Prioritäten: hochwertige Arbeitsplätze für alle, wirksamer Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen und angemessener Einkommensunterstützung sowie koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut. In allen Altersgruppen soll der Kreislauf der Armut unterbrochen werden. Im Laufe dieses Jahres werde eine Koalition gegen Armut gebildet, die Unternehmen und Organisationen einschlieÙe. 16 Organisationen der „Coalition on the EU Anti-Poverty Strategy“, darunter COFACE, Eurochild und Save the Children, begrüÙten die Strategie, vermissen jedoch einen langfristigen Ansatz und Ressourcen für das Ziel, die Armut bis 2050 zu beenden.

Zusammen mit der Strategie gegen Armut hat die EU-Kommission eine Mitteilung zum Durchbrechen des Kreislaufs der Kinderarmut unterbreitet. Das Papier der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) befasst sich mit den spezifischen Ursachen der Kinderarmut und den bestehenden politischen Maßnahmen – was im aktuellen politischen Umfeld funktioniert hat und was nicht, wie die Europäische Garantie für Kinder gestärkt werden kann und welche weiteren Maßnahmen auf EU-Ebene ergriffen werden können, um die bis heute bestehende Kinderarmutsfalle zu überwinden. Zwei Wochen später haben sich die nationalen Koordinator:innen der Europäischen Garantie für Kinder getroffen und hat der zyprische Ratsvorsitz eine hochrangige Konferenz zum Thema „Kein Kind wird zurückgelassen: Förderung des Wohlergehens von Kindern und Bekämpfung der Kinderarmut“ in Lefkosia abgehalten.

- [EU-Kommission: The European Union’s Anti-Poverty Strategy](#)  
- [Coalition on the EU Anti-Poverty Strategy: Commission delivers on short-term actions](#) 
- [EU DG EMPL: Breaking the cycle of child poverty; Strengthening the European Child Guarantee](#)  

EU-Kommission: Initiativen u. a. zur Bekämpfung der Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt

In einem Sozialpaket mit der ersten EU-Strategie gegen Armut hat die Europäische Kommission auch einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung zur Bekämpfung der Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt vorgelegt. Darin wird der Schwerpunkt auf langfristige Lösungen und Prävention gelegt, um Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt und Wohnungslosigkeit zu verhindern. Zudem solle sozialer und bezahlbarer Wohnraum stärker gefördert werden. Die Empfehlung geht insbesondere auf den ersten Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum zurück, den die Kommission im Dezember 2025 vorgelegt hatte (s. [AGF-EuropaNews 12/25](#)).

Die EU-Kommission lädt zudem die Mitgliedstaaten, Regionen, Städte und Stakeholder zu einer europäischen Allianz für das Wohnen ein. Sie hat darüber hinaus einen Dialog mit dem EU-Parlament zur Umsetzung des Aktionsplans geführt und bereitet eine Pan-europäische Investitionsplattform vor, die privates Kapital für den Wohnungsbau mobilisieren soll. Des Weiteren ist eine neue EU-Verordnung zur Transparenz von Kurzzeitvermietungen in Kraft getreten (Regulation 2024/1028).

- [EU-Kommission: Proposal for a Council Recommendation on fighting housing exclusion](#)  

EU-Kommission: Stärkung der European Disability Strategy bis 2030

Zusammen mit ihrer ersten Strategie zur Armutsbekämpfung veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Stärkung der Europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen 2021-2030. Das Dokument enthält keine neuen Legislativvorschläge, umfasst jedoch neun neue Leitinitiativen, die jeweils unterschiedliche Maßnahmenpakete umfassen. Diese Leitinitiativen umfassen: 1) assistive Technologien und KI; 2) barrierefreier Verkehr; 3) Einführung von Behindertenausweisen; 4) inklusive Demokratien; 5) EU-Allianz für ein selbstbestimmtes Leben; 6) Verbesserung des Beschäftigungspakets für Menschen mit Behinderungen; 7) lebenslanges Lernen; 8) Krisenvorsorge; 9) behindertengerechter Wiederaufbau der Ukraine. Die Einzelheiten jeder dieser Leitinitiativen werden von der Kommission nach und nach dargelegt und sollen gemeinsam mit den Mitgliedern der Europäischen Disability-Plattform, darunter COFACE Families Europe, erarbeitet werden.

- [EU-Kommission: Enhancing the strategy for the rights of persons with disabilities up to 2030](#)  

EU-Parlament: Empfehlungen für Geschlechtergerechtigkeit in der Pflegearbeit

In einem Bericht erklärt das Europäische Parlament, dass der Zugang zur Pflege ein Grundrecht sei, und fordert die EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in allen Formen der Pflegearbeit zu beseitigen. Das Parlament fordert zudem ein „Europäisches Statut für Pflegekräfte“, um Pflegearbeit besser anzuerkennen und EU-weite Mindeststandards festzulegen. Die Abgeordneten wollen außerdem sicherstellen, dass informelle Pflege in Renten- und Sozialversicherungssystemen berücksichtigt wird. Die Parlamentarier:innen betonen, dass der Rekrutierung von Arbeitskräften im Inland Vorrang eingeräumt und gleichzeitig die Einwanderung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst werden müsse. Die Anwerbung von Arbeitskräften außerhalb der EU müsse über legale Migrationskanäle erfolgen und mit erheblichen Investitionen in Ausbildung und Integration einhergehen. Das Parlament begrüßt die Ankündigung der Kommission, 2027 einen „European Care Deal“ vorzulegen.

- [EU-Parlament: Fortschritte in Richtung Pflege- und Betreuungsgesellschaft](#)

EU-Parlament: neue Richtlinie zum Schutz von Opfern von Straftaten

Das Europäische Parlament hat eine legislative EntschlieÙung und einen Standpunkt zur Änderung der Richtlinie zum Schutz von Opfern von Straftaten verabschiedet. Darin ist eine EU-weite Hotline mit der Nummer 116 006 für Opfer von Straftaten vorgesehen, außerdem das Recht auf Nichtweitergabe personenbezogener Daten eines Opfers an den Täter, Prozesskostenhilfe, die Möglichkeit zur Anzeige online sowie in stationären Einrichtungen (für Migrant:innen, Alte, Menschen mit Behinderung), Notfallverhütung (die „Pille danach“), Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sowie ein kindgerechter Ansatz bei ärztlichen Untersuchungen, psychologischer Betreuung sowie der Aufnahme von Zeugenaussagen. Nach einer Einigung zwischen EU-Rat und EU-Parlament (s. [AGF-EuropaNews 12/25](#)) hatte der Rat im Februar bereits zugesagt, den Standpunkt des Parlaments zu billigen. Sobald der Rat die Änderung der Richtlinie verabschiedet, haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, sie umzusetzen.

- [EU-Parlament: Stärkung der Rechte von Opfern von Straftaten](#)

EU-Parlament schlägt Alarm aufgrund der Lage der Grundrechte in der EU

Die in Artikel 2 des EU-Vertrags und in der Charta der Grundrechte verankerten Werte müssen in allen Politikbereichen der EU gewahrt und von den Mitgliedstaaten uneingeschränkt durchgesetzt werden, so das



Parlament in einem Bericht, der mit 328 Ja-Stimmen, 199 Nein-Stimmen und bei 98 Enthaltungen angenommen wurde. Die Abgeordneten warnen, dass Verstöße gegen die Grundrechte, Rückschritte bei der Demokratie sowie Angriffe auf die Rechte der Frauen und die Gleichstellung von LGBTQ+ auf einen allgemeinen Druck auf die Werte der EU hindeuten. Das Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf, sich vollständig an die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen anzupassen und sicherzustellen, dass die Umsetzung des EU-Pakts zu Migration und Asyl im Einklang mit den Grundrechtsverpflichtungen und dem Grundsatz der Nichtzurückweisung steht. Die Abgeordneten äußern Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen digitaler Plattformen und künstlicher Intelligenz (KI) und fordern eine wirksame Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste und des KI-Gesetzes. Die Europaabgeordneten fordern außerdem Maßnahmen gegen strukturellen Rassismus, eine bessere Durchsetzung der Gleichstellungsgesetze, die Verabschiedung der horizontalen Antidiskriminierungsrichtlinie (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 12/25](#)) und einen stärkeren Schutz für Menschen mit Behinderungen sowie eine bessere Umsetzung von Umweltrechten.

- [Entschließung des EU-Parlaments zu der Lage der Grundrechte in der EU 2024 und 2025](#)

EU-Parlamentsausschuss präsentiert Studie zum mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments hat eine von ihm beauftragte Analyse der Förderung von Beschäftigung und Sozialpolitik im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vorgestellt. Die Vorschläge für den nächsten MFR sehen einen neuen Ansatz vor, bei dem die Finanzierung dieser Ziele in nationale und regionale Partnerschaftspläne eingebunden wird. Die Studie vergleicht die Vorschläge für den aktuellen und den nächsten MFR, die einschlägigen Rechtsvorschriften und die erwarteten Reformen. Sie widmet den Auswirkungen auf die Europäische Säule sozialer Rechte große Aufmerksamkeit und schließt mit einer Reihe von Empfehlungen, die das Europäische Parlament bei seiner Stellungnahme zum MFR-Vorschlag berücksichtigen sollte.

- [EU DG CASP: Mapping the support to employment and social policies in the 2028-2034 MFF](#)  

EU-Parlament und EU-Rat: neue Stimmrechtsvertretung während Schwangerschaft und Mutterschutz

Bisher ist es im Europäischen Parlament vorgeschrieben, dass Abgeordnete persönlich abstimmen. Aktuell können sie jedoch während einer Elternzeit ihr Stimmrecht nicht ausüben. Das EU-Parlament hatte daher vorgeschlagen, dass Abgeordnete gegebenenfalls ihr Stimmrecht eine:m andere:n Abgeordneten übertragen können (s. [AGF-EuropaNews 6/25](#)). Nach erfolgtem Austausch zwischen EU-Rat und EU-Parlament soll nun eine vorübergehende Ausnahme eingeführt werden, durch die weibliche Abgeordnete ihre Stimme bis zu drei Monate vor dem voraussichtlichen Entbindungstermin und sechs Monate nach der Geburt an eine:n Kolleg:in delegieren dürfen. Der überarbeitete EU-Wahlakt wurde endgültig von Parlament und Rat angenommen und bedarf nun der Ratifizierung aller Mitgliedstaaten.

- [Legislative Entschließung des EU-Parlaments zur Änderung des Akts zur Wahl des EU-Parlaments](#)
- [Entscheidung des EU-Rats für die Stimmrechtsübertragung](#)

Europarat: Erklärung der Außenminister:innen zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Nachdem neun Mitgliedstaaten des Europarates Kritik an der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Bereich Migration geäußert hatten (s. [AGF-EuropaNews 5/25](#)), haben nun die Außenminister:innen aller 46 Mitgliedstaaten des Europarates die politische Erklärung von Chişinău verabschiedet,

in der sie ihre Standpunkte zum System der Europäischen Menschenrechtskonvention, insbesondere im Zusammenhang mit Migration, hervorheben und verdeutlichen. Der Text bekräftigt das beständige Engagement der Mitgliedstaaten für die Konvention und ihr Bekenntnis zur Unabhängigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Er weist auch auf die Notwendigkeit hin, das Gleichgewicht zwischen individuellen Rechten und kollektiven Interessen zu wahren, etwa beim Schutz der Grenzen oder der Instrumentalisierung von Migration durch feindliche Akteure. Pro Asyl kritisiert die Erklärung als Versuch der Einflussnahme auf laufende Verfahren zu Zurückweisungen von Geflüchteten, die mit der genannten Instrumentalisierung durch feindliche Akteure begründet wurden.

- [Außenminister der Mitgliedstaaten des Europarates: Chişinău-Erklärung zur Menschenrechtskonvention](#)

EU-Kommission: hochrangiges Treffen zur Rückführung ukrainischer Kinder

Die EU hat gemeinsam mit der Ukraine und Kanada am 11. Mai 2026 ein hochrangiges Treffen der Internationalen Koalition zur Rückführung ukrainischer Kinder ausgerichtet. Ziel war es, die Bemühungen zur Identifizierung, Rückführung und Reintegration der von Russland zwangsweise verbrachten und rechtswidrig deportierten Kinder zu verstärken sowie die Rechenschaftspflicht für diese Verbrechen sicherzustellen. Zudem wurden Möglichkeiten erörtert, koordinierte Sanktionen gegen die Verantwortlichen weiter auszubauen. Der Außenministerrat der EU hat am gleichen Tag Sanktionen gegen weitere 16 Personen und sieben Organisationen verhängt.

- [EU-Kommission: EU, Ukraine, Kanada und Partner zur Rückführung von ukrainischen Kindern](#)

Jugendministerkonferenz und Konsultation zur neuen EU-Jugendstrategie ab 2027

Der EU-Rat der Jugendminister:innen hat die Überarbeitung der EU-Jugendstrategie für den Zeitraum ab 2027 vorbereitet. Die Strategie zielt darauf ab, das soziale und bürgerschaftliche Engagement junger Menschen zu fördern sowie politische Entscheidungen und deren Auswirkungen auf junge Menschen zu verbessern. Außerdem wurden die EU-Strategie zur Generationengerechtigkeit (s. [AGF-EuropaNews 3/26](#)) und der Aktionsplan gegen Cybermobbing (s. [AGF-EuropaNews 2/26](#)) vorgestellt. Die Europäische Kommission lädt in einer öffentlichen Konsultation zu Vorschlägen und Stellungnahmen für die Aktualisierung der EU-Jugendstrategie für die Zeit ab 2027 ein.

- [Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ \(Bildung und Jugend\), 11. Mai 2026](#)
- [EU-Kommission: Konsultation zur neuen EU-Jugendstrategie ab 2027](#)

Kurznachrichten: Europäische Garantie für Kinder, Temu, „Nudifier“-Apps, KI, Konversionsmaßnahmen

- [18 der 27 EU-Mitgliedstaaten, also zwei Drittel, haben ihren zweiten Umsetzungsbericht zur Europäischen Garantie für Kinder vorgelegt.](#) Deutschland gehört zum fehlenden Drittel.
- Die EU-Kommission hat eine [Strafe von 200 Millionen Euro gegen die chinesische Online-Handelsplattform Temu](#) verhängt, wegen gefährlicher Kinderprodukte und anderer Verstöße gegen den DSA.
- [EU-Rat und EU-Parlament haben sich auf ein Verbot von „Nudifier“-Apps geeinigt](#) (s. [AGF-EuropaNews 3/26](#)). Es soll ab dem 2. Dezember gelten. Andere Auflagen für künstliche Intelligenz wurden verschoben.
- Der Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie des Europarates hat einen [Bericht zu den Chancen und Risiken künstlicher Intelligenz für die Demokratie](#) vorgelegt.
- Die EU-Kommission hat [auf die Europäische Bürgerinitiative „Verbot von Konversionsmaßnahmen in der EU“](#) geantwortet und zugesagt, 2027 eine Empfehlung für ein Verbot in den Mitgliedstaaten anzunehmen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Finnland plant Reform des Kindergeldes

Nach Plänen der Regierung von Premier Petteri Orpo sollen Eltern für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr künftig pauschal 100 Euro im Monat erhalten – unabhängig davon, wie viele Kinder in einem Haushalt leben. Letzteres deckt getrennte Familien ab, in denen Kinder regelmäßig zwischen zwei Haushalten wechseln. Derzeit ist das Kindergeld je nach Kinderzahl zwischen 95 und 192 Euro gestaffelt und wird bis zum 17. Lebensjahr ausgezahlt. Das neue Modell würde Erstgebärende begünstigen, aber die Situation von kinderreichen Familien verschlechtern.

Schweden: elektronische Fußfesseln für Kinder bei Gefahr einer Rekrutierung durch Banden

Schweden plant die Einführung elektronischer Fußfesseln zur Überwachung von Kindern ab 13 Jahren, bei denen die Gefahr einer Rekrutierung durch Banden besteht. Die Maßnahme zielt darauf ab, von den Sozialbehörden verhängte Ausgangssperren durchzusetzen und der zunehmenden Beteiligung von Minderjährigen an gewalttätiger Bandenkriminalität entgegenzuwirken. Der Vorschlag hat jedoch bei Kinderrechtsorganisationen und UNICEF Bedenken hinsichtlich möglicher Verletzungen der bürgerlichen Freiheiten ausgelöst.

Irland: Änderungen bei Arbeitserlaubnis, häuslicher Gewalt, Familienzusammenführung, Einbürgerung

Die Regierung hat für die Kinder von Inhaber:innen einer Arbeitserlaubnis Änderungen angekündigt, die es ihnen ermöglichen, eine Beschäftigung aufzunehmen, ohne eine eigene Arbeitserlaubnis beantragen zu müssen. Migrant:innen, die Opfer häuslicher Gewalt sind – und deren Aufenthaltsgenehmigung in Irland an den Täter dieser Gewalt gebunden ist –, können beim Einwanderungsamt eine separate, eigenständige Aufenthaltsgenehmigung beantragen, ohne die übliche Anmeldegebühr in Höhe von 300 Euro entrichten zu müssen. Für die Familienzusammenführung hingegen sind erwachsene Kinder im Alter von 18 bis 23 Jahren, die sich in der Ausbildung befinden, nicht mehr anspruchsberechtigt, es sei denn, sie sind aus medizinischen oder psychologischen Gründen unterhaltsberechtig. Auch die finanziellen Anforderungen wurden deutlich erhöht. Asylbewerber:innen, die die Staatsbürgerschaft beantragen, müssen nun nachweisen, dass sie in den neun Jahren vor dem Datum ihres Antrags fünf Jahre lang einen „anrechenbaren Aufenthalt“ hatten, statt wie bisher drei Jahre.

Schweden: Regierung kündigt Sprachscreening zur Förderung der Integration von Migrantenkindern an

Die schwedische Regierung prüft die Einführung eines obligatorischen Sprachscreenings für Kleinkinder, um deren Sprachentwicklung zu stärken. Ein System des obligatorischen Sprachscreenings solle unzureichende Kenntnisse der schwedischen Sprache frühzeitig erkennen und den Eltern angemessene Unterstützung bieten. Im Rahmen einer internen Untersuchung soll analysiert werden, wie ein solches System gestaltet werden könnte.

Tschechien will Regeln für ukrainische Kriegsflüchtlinge einschränken

Die neue Regierung plant, die Vorschriften für ukrainische Flüchtlinge, die humanitäre Hilfe erhalten, zu verschärfen. Ein Gesetzentwurf sieht vor, dass Flüchtlinge mit vorübergehendem Schutz arbeiten, ein Unternehmen führen oder sich bei den Arbeitsämtern melden und sich mindestens 16 Tage im Monat im Land aufhalten müssten, um weiterhin Anspruch auf Sozialleistungen zu haben. Prag strebt zudem strengere Aufenthaltsvorschriften, erweiterte biometrische Kontrollen und strengere Beschränkungen für Reisedokumente an.

Österreich deckelt Familiennachzug von Geflüchteten

Das Ausmaß des Familiennachzugs wird nach einem Beschluss des Nationalrats künftig durch eine Quote geregelt. Deren Höhe ist noch nicht festgelegt. Bereits seit Juli 2025 hat die Alpenrepublik den Familiennachzug von Geflüchteten weitgehend ausgesetzt. Schon damit sei es im ersten Quartal 2026 gelungen, die Zahlen gegenüber dem gleichen Zeitraum 2024 von 3.100 auf 25 zu reduzieren. Amnesty International Österreich kritisierte das Vorgehen: Geplante Kontingente würden jahrelange Familientrennungen zementieren und gegen EU-Recht verstoßen. Bereits Ende April hatten mehrere Organisationen und Rechtswissenschaftler:innen wegen des Stopps der Familienzusammenführung Beschwerde bei der EU-Kommission eingebracht. Das Bündnis forderte die Kommission auf, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich zu prüfen.

Kurznachrichten: Eltern sein heute, Bevölkerungsdeckel

- Das italienische Forschungszentrum für soziale Investitionen Censis hat eine [Umfrage zum „Eltern sein heute“ sowie den Werten von Elternschaft in der italienischen Gesellschaft](#) veröffentlicht.
- Die Schweizer:innen entscheiden am 14. Juni in einer [Volksabstimmung über eine Begrenzung der durch Einwanderung wachsenden Bevölkerungszahl](#) von derzeit 9,1 Millionen auf maximal 10 Millionen.

Weitere Nachrichten

Papst Leo XIV.: Enzyklika zu künstlicher Intelligenz, Gemeinwohl und Frieden; Allianz für die Familie

Genau 135 Jahre nachdem Leo XIII. die erste Sozialenzyklika vorgelegt hatte, unterzeichnete Leo XIV. seine erste Enzyklika, und die erste zu künstlicher Intelligenz. Die Technologie sei weder eine menschenfeindliche Kraft noch ein Übel – gleichwohl dürfte sie sich nicht in der Hand weniger konzentrieren und müsse stattdessen der Menschheit dienen. Er appelliert daran, die „großartige Menschheit“ zu bewahren und vor der Gefahr einer Entmenschlichung zu schützen. Es brauche eine angemessene Politik und rechtliche Rahmenbedingungen, ebenso wie eine unabhängige Aufsicht und die Aufklärung der Nutzer:innen. Die Lehrschrift wendet sich gegen die Verwertung von Daten sowie gegen Transhumanismus und Posthumanismus. Darüber hinaus behandelt sie die Familie, die Gleichstellung der Frauen, Missbrauch, Arbeitsplätze, Migration, Sklaverei, Umweltschutz, Multilateralismus und eine Kultur der Macht, die eine Welt im permanenten Kriegszustand schaffe.

In einer Audienz für Mitglieder der interfraktionellen Arbeitsgruppe für Demografie des Europäischen Parlaments hat der Papst eine neue Allianz für die Familie gefordert. Er betonte die Relevanz der demografischen Frage für den europäischen Kontinent. Die demografische Stagnation bringe komplexe Probleme mit sich, darunter die Vereinsamung vieler Menschen. Die Familie basiere auf der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau und verbinde die persönliche mit der öffentlichen Dimension. Ziel müsse es sein, die Mitverantwortung der Familien im gesellschaftlichen und politischen Leben zu stärken.

- [Enzyklika Magnifica Humanitas über die Bewahrung des Menschen im Zeitalter von KI](#)
- [Vatican News: Papst fordert vor EU-Abgeordneten neue Allianz für die Familie](#)

Kurznachrichten: UN-Konsultation zur Selbstbestimmung älterer Pflegebedürftiger, GUIDE

- Der neue Unabhängige Experte der Vereinten Nationen für die Menschenrechte älterer Menschen ruft dazu auf, [Beiträge zu Barrieren einzureichen, die ältere pflegebedürftige Menschen erleben](#).

- Die GUIDE-Partner (EASPD, Eurochild und andere) haben ein [Paket von Empfehlungen veröffentlicht, wie unbegleitete Kinder besser geschützt und ihre Betreuer:innen besser unterstützt werden können](#).

Berichte und Studien

UNICEF Innocenti: ungleiche Chancen – Kinder und wirtschaftliche Ungleichheit

Die 20. Ausgabe des Innocenti Report Card analysiert, wie sich Ungleichheit selbst in wohlhabenden Ländern auf das Wohlergehen von Kindern auswirkt. In dem Bericht wurden alle Mitgliedstaaten der OECD und alle Länder mit hohem Einkommen (gemäß Weltbank) untersucht. In den Ländern mit der größten Gleichheit verfüge das oberste Fünftel über 3,5mal so viel Einkommen wie das unterste Fünftel; in den Ländern mit der größten Ungleichheit sei es das 7fache. Diese Diskrepanz wirke sich auf das körperliche und seelische Wohl der Kinder sowie auf ihre schulischen und sozialen Fähigkeiten aus, insbesondere bei Kindersterblichkeit, Übergewicht, Lebenszufriedenheit, Lesen und Mathematik. In dem Länderranking des Berichts stehen die Niederlande, Dänemark und Frankreich auf dem Siegertreppchen. Deutschland liegt auf Platz 25, vor allem aufgrund von Defiziten bei der Vermittlung von Fähigkeiten. Den 37. und letzten Platz nimmt Chile ein. Für weitere sieben Staaten waren die Daten unvollständig.

- [UNICEF Innocenti: Unequal chances; Children and economic inequality; Innocenti Report Card 20](#) 

UNICEF Innocenti: das Wohl des Kindes in der digitalen Politik und Praxis

Was bedeutet es eigentlich, im digitalen Raum im besten Interesse des Kindes zu handeln, und wer entscheidet darüber? Da digitale Technologien im Alltag von Kindern eine immer zentralere Rolle spielen, wird in Politik und Praxis zunehmend auf den Grundsatz des „Wohls des Kindes“ Bezug genommen. In der Praxis herrscht jedoch nach wie vor wenig Klarheit darüber, wie dieser Grundsatz auf Online-Räume anzuwenden ist, und Kinder selbst werden selten in die Diskussion einbezogen. Dieser Bericht beleuchtet deshalb auf der Grundlage von Befragungen von mehr als 200 Kindern in sieben Ländern (Brasilien, Indien, Malaysia, Sierra Leone, Spanien, Uganda und den USA) die Erfahrungen von Kindern in der digitalen Welt. Ihre Botschaft ist klar und dringlich: Digitale Räume bieten wichtige Möglichkeiten zum Lernen, zur Vernetzung und zur Selbstdarstellung, aber sie sind nicht durchweg sicher, inklusiv oder fair.

- [UNICEF Innocenti: Children's Best Interests in Digital Policy and Practice](#) 

Internet Watch Foundation: durch KI erzeugtes Material sexuellen Missbrauchs von Kindern

Laut dem von der Internet Watch Foundation (IWF) veröffentlichten Bericht hat das durch künstliche Intelligenz erzeugte Material sexuellen Missbrauchs von Kindern (CSAM) im Jahr 2025 erheblich zugenommen. Analyst:innen identifizierten 8.029 illegale Bilder und Videos. Der Bericht hebt einen dramatischen Anstieg realistischer, durch KI erzeugter Videos hervor, von denen 65 % in der schwersten Kategorie von Missbrauch eingestuft wurden.

- [Internet Watch Foundation: 2026 AI CSAM Report](#) 

Kurznachrichten: mentale Gesundheit, CSAM, Wohnen, Demografie, Kinderrechte und Anlagestrategien

- Die OECD hat erneut einen [Bericht über die mentale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im 21. Jahrhundert](#) veröffentlicht.

- Europol hat einen [Bericht über aktuelle Trends in der Cyberkriminalität und beim Material sexuellen Kindesmissbrauchs \(CSAM\)](#) erstellt.
- Eurostat hat ein [Dashboard für das Wohnen](#) sowie neue Berichte zur Demografie Europas und zu Familien veröffentlicht: [1,34 Kinder wurden 2024 pro Frau geboren](#), und [2025 gab es in 23,4 % der Haushalte Kinder](#).
- UNICEF hat eine Publikation veröffentlicht, [wie sich Kinderrechte systematisch in Anlagestrategien verankern lassen](#). Sie bietet konkrete Ansätze – entwickelt mit Expert:innen aus dem Finanzsektor.

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Juni 2026	Internationaler Kindertag	-
1. Juni 2026	Global Day of Parents – 2026: Together for Parents	UN
4. Juni 2026	International Day of Innocent Children Victims of Aggression	UN
4.-5. Juni 2026, Larnaka, Zypern	24th Meeting of People experiencing Poverty – The Politics of Anti-Poverty: Participation, Power and Inclusion	European Anti-Poverty Network und EU-Ratsvorsitz
9. Juni 2026, online	How many children do we want to have and how is this changing worldwide?	Population Europe
11. Juni 2026, online	The EU Anti-Poverty Strategy: a pillar of social and economic resilience (EU Policy Webinar)	COFACE
11. Juni 2026	International Day of Play – 2026: Protect Play, Protect Childhood	UN
12. Juni 2026	World Day Against Child Labour	ILO, UN
15.-17. Juni 2026, Paphos, Zypern	Conference on Child Protection Systems	Deputy Ministry of Social Welfare; Eurochild; PCCPWC
16. Juni 2026	International Day of Family Remittances	UN
16.-17. Juni 2026, Paphos, Zypern	Eurochild Conference 2026 on Child Protection Systems	Eurochild
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	3rd World Congress for Age-friendly Cities and Communities	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO
20. Juni 2026	World Refugee Day – the right to seek safety	UNHCR, UN
23. Juni 2026, Brüssel	Tech Policy Conference – Activating Europe's digital ecosystem	Euractiv

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
24. Juni 2026, online	Choosing inclusive education pathways for your child: communication and empowerment tools for parents and carers (breakfast by te webinar)	COFACE Disability Plattform
30. Juni 2026, Brüssel	Energy poverty in Europe – How can EU social, housing and climate policies deliver a fair transition?	Euractiv
8.-9. Juli 2026, Paris und online	OECD Forum on Gender Equality: Harnessing the digital transformation for all	OECD
25.-26. September 2026, Warschau	Labour Market Transformations and the Future of Families – Final Conference of the ERC Project LABFER	LabFam
1. Oktober 2026	Daphne-CHILD High-level Conference (save the date)	Eurochild und Terre des Hommes
18. November 2026, Valletta, Malta	Implementing the European Child Guarantee for Children with Disabilities	COFACE

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend